



2015/27 Disko

<https://jungle.world/artikel/2015/27/eine-grauenhafte-zeit>

Richard Gebhardt kritisiert die antideutsche Traditionspflege

Eine grauenhafte Zeit

Von **Richard Gebhardt**

Die deutsche Linke hat es heute mit einer Gesellschaft zu tun, die weniger homogen ist, als 1990 befürchtet wurde. Die Parole »Nie wieder Deutschland« ist heute lediglich noch eine identitätspolitische Pose.

Die frühen neunziger Jahre waren eine grauenhafte Zeit. »80 Millionen Hooligans« – so ein Songtitel der Goldenen Zitronen – machten Jagd auf »Asylanten«. Die politische Erinnerung an jene Jahre ist geprägt von den Bildern der brennenden Flüchtlingsheime in Ost und West. »Anschwellende Bocksgesänge« von rechten Solitären wie Botho Strauß schwirrten durch die Feuilletons – und aus den TV-Kanälen dröhnten deutschnationale Töne. Nicht nur radikale Linke wandten sich in dieser Situation angewidert ab: »Dauernd dachte ich, ich muss hier raus, ich halte dieses Scheiß-Deutschland nicht mehr aus, dieses dauernde deutsche Deutschland-Geschrei. Die widerliche Bild-Zeitung mit ihrer stumpfen, blöden, hohlen, nationalen Hetze. Verging ja kaum ein Tag, wo nicht wieder alles in schwarz-rot-gelb umrandet einen anbrüllte, gedruckt, Wort für Wort.«

Rainald Goetz lässt in seiner 1998 erschienen Erzählung »Rave« ein »Ich« zu Wort kommen, das angesichts der »verblödeten Hitlersprache« nach London flieht, um wenigstens für ein paar Monate dem »zerhackten Schreiten der Propaganda« zu entkommen. Diesem allgegenwärtigen Schreiten setzte die Radikale Linke 1990 ihr »Nie wieder Deutschland« entgegen. Und auch 25 Jahre nach den Demonstrationen in Frankfurt am Main und Berlin sowie dem Pfingstkongress der Radikalen Linken in Köln gibt es keinen Grund, seinen Frieden mit den deutschen Zuständen zu machen: Tröglitz und Freital sind zwar nicht überall, aber Beispiele für eine immer wieder ausbrechende Gewalt jener altdeutschen Volks- und Dorfgemeinschaften, die einen Kulturkampf gegen »die Anderen« führen. Und im Falle der unbotmäßigen Regierung Tsipras röhrt nicht nur die widerliche Bild-Zeitung mit ihrer stumpfen, blöden, hohlen, nationalen Hetze gegen die »Pleite-Griechen«. Antideutsche Opposition ist, so scheint es, weiterhin eine bittere Notwendigkeit. Gab und gibt es für Linke überhaupt jemals ein plausibles Argument, pro- statt antideutsch zu sein? »Krieg den deutschen Zuständen!« polemisierte schon der junge Marx 1844.

Die Antwort ist im Rahmen dieser Diskussion keineswegs einfach. Jubiläumsdebatten dienen auch der Folklorisierung, zumal in linken Zirkularen. Ideologiekritiker aber, die weiter die jüngsten Phänomene der »deutschen Ideologie« sezieren und gegen Opfermythen vorgehen

wollen, sollten die damaligen Prognosen überprüfen. Die alte Bundesrepublik ist nach dem Anschluss der DDR nicht als »Viertes Reich« wiederauferstanden. »Groß-Deutschland« agiert, wie der Economist treffend schrieb, als »widerwilliger Hegemon«. Die zynische Flüchtlingspolitik wird heute von einer staatlichen Rhetorik flankiert, die, im Gegensatz zur rassistischen Asyldebatte der frühen neunziger Jahre, das zivilgesellschaftliche Ideal der »Willkommenskultur« feiert.

Die Diskussion über die Aktualität von »Nie wieder Deutschland« verkennt, wie sehr sich die deutsche Gesellschaft verändert hat. »Rechte« Politik korrespondiert derzeit mit linksliberaler Rhetorik: Die Regierung der Hegemonialmacht Deutschland setzt politökonomisch auf einen rigiden Standortnationalismus. Gleichzeitig weist Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) völkische Strömungen nicht nur in ihrer Neujahrsansprache zurück. Helmut Kohl warnte dagegen auf dem Höhepunkt der »Asylflut« noch vor einem »Staatsnotstand«. Die antideutsche Linke bewegt sich heute in einer Gesellschaft, die weitaus hybrider ist, als 1990 prognostiziert wurde.

Wer also die Losung »Nie wieder Deutschland« für aktuell hält, sollte die Bruchlinien der Gesellschaftsgeschichte stärker beachten. Ein Beispiel: Auf dem Pfingstkongress der Radikalen Linken 1990 in Köln erinnerte eine türkische Genossin – »Migrantin« oder »Mensch mit Migrationshintergrund« gehörten damals noch nicht zum Jargon der Gegenwart – in einem emotionsgeladenen Debattenbeitrag an das 1982 erschienene »Heidelberger Manifest« einer reaktionären Professorengilde, die apokalyptisch vor der »Unterwanderung des deutschen Volkes« durch zu viele »Ausländer« warnte. 25 Jahre nach dem Kölner Kongress sind zahlreiche Kindergärten der westdeutschen Großstädte ein Sinnbild für einen sozio-demographischen Wandel, der von einer Niederlage der deutschen Rechten zeugt, auch wenn bürgerliche Helikoptereltern immer noch einen kulturellen Klassenkampf für den Erhalt ihrer Refugien biodeutscher Reinheit führen.

Zugleich verlieren die alten Opfermythen zunehmend an Bedeutung. Für junge Migrantinnen und Migranten bedeutet Krieg und Vertreibung nicht mehr nur Dresden, Stalingrad oder Schlesien, sondern – beispielsweise – Dubrovnik, Sarajevo und Srebrenica. In deutschen Klassenzimmern und Seminarräumen zirkulieren heute weitaus mehr Erzählungen als jene, wonach der liebe Opa kein Nazi war. »Nie wieder Deutschland« ist vor diesem Hintergrund auch keine taugliche Losung gegen den Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft. Im deutschen Kulturbetrieb fanden die »Bocksgesänge« kaum ein Echo. Führende deutschsprachige Schriftsteller heißen zudem nicht mehr nur Goetz oder Strauß, Walser oder Grass, sondern Navid Kermani oder Feridun Zaimoglu. Diese schreiben nicht mit letzter Tinte und schon gar nicht über vermeintliche nationale Tabus, wie der Untergang der »Wilhelm Gustloff«. Die deutsche Gesellschaft hat sich vielfach verändert: Die Bevölkerung ist in den westdeutschen Großstädten inzwischen ähnlich divers wie in Birmingham oder Paris. Wer dieses Babylon nicht goutiert, wählt vorzugsweise AfD und liest Junge Freiheit. Die Wutbürger führen einen Kulturkampf, der aber nicht überall die Massen bewegt. Pegida war nicht zufällig gerade in Dresden erfolgreich – nicht obwohl, sondern weil es dort kaum Muslime gibt. Hier wird eine fiktive autochthone Identität verteidigt. Köln, München oder Frankfurt am Main gelten den Abendländern als verlorene Gebiete. Das hat Konsequenzen für die Analyse: Der von den Linken beschworene Rechtsruck hat vor allem wirtschafts- und sozialpolitisch, nicht aber zwangsläufig auf dem Feld der Gesellschaftspolitik stattgefunden. Wer Anfang der neunziger Jahre ein rassereines Dunkeldeutschland befürchtete, sieht sich auf der medialen und politischen Repräsentationsebene längst mit einem »Mainstream der Minderheiten« konfrontiert,

dessen Konformismus anderen Imperativen gehorcht. Die Demonstrationen der Pegida oder die Wahlerfolge der AfD sind aber kein Volkssturm, sondern gegenwärtig ein Rückzugsgefecht von Modernisierungsverlierern. Auch im bürgerlichen Feuilleton konnte sich der Sound des Deutschland-Geschreis nicht durchsetzen. Blätter wie die Welt und die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die in den neunziger Jahren Arenen für die Ideologen einer selbstbewussten Nation waren, brachten in den letzten Monaten neben allerlei furchtbar affirmativen Stücken eben auch vorzügliche Kommentare gegen den völkischen Mob, die jedes linke Magazin geschmückt hätten. Der hier zum Ausdruck kommende Liberalismus ist allemal progressiver als Oskar Lafontaines linksnationale »Fuck US Imperialism«-Rhetorik.

Ist die Losung »Nie wieder Deutschland« also wirklich aktueller denn je? Oder wäre es nicht produktiver, die Unterschiede zum Entstehungszeitraum der antideutschen Strömungen und die neuen Kräfteverhältnisse zu benennen? Sicher, die Antideutschen haben die richtigen Feinde und Gegner. Doch ist das Etikett nicht längst ein leerer Bedeutungsträger, der vor allem in der eigenen Szene mit Bedeutung gefüllt wird? Wirken die Inszenierungen der antideutschen Linken mit ihren identitätspolitischen »Bomber Harris«-Ritualen nicht wie die einer Fähnchenschwenkgruppe, die am Demo-Rednerpult einen studentischen Adorno-Ähnlichkeitswettbewerb aufführt? Jargon und Habitus der Antideutschen wirken auf Außenstehende schon seit Jahren so, als würde beides lediglich dem Nachweis der Zugehörigkeit zum Kreis der Auserwählten dienen. »Nie wieder Deutschland« klingt auf heutigen linken Festivals und Demos ähnlich gehaltvoll wie ein am Biertisch des UZ-Pressfestes geschmettertes »¡No pasarán!«. Wer aber den Anspruch erhebt, die Kritische Theorie zu beerben, sollte seine Flaschenpost nicht mit Parolen füllen.

Diese Distanz zum antideutschen Stil bedeutet nicht die Leugnung der Qualitäten dieser Strömung. Es war und ist richtig, rassistische Angriffe nicht als entfremdeten sozialen Prozess zu verklären. Es war und ist richtig, nicht der schlichten Dichotomie gutes Volk oder edle Arbeiterklasse gegen die da oben zu verfallen. Es war und ist richtig, den linken Antiamerikanismus und Antisemitismus zu bekämpfen.

Den »Schreitton der Propaganda«, der die EU-Krise begleitet, zu konterkarieren, ist die Aufgabe einer linken Kritik, die antideutsch bleiben muss. Der Ruf der Parole »Nie wieder Deutschland« ist jedoch eine identitätspolitische Pose, gerade weil er die Ambivalenzen der Gegenwart überdeckt. Denn nicht nur in Tröglitz haben Leute – trotz der alten und neuen Hooligans– ihre Bereitschaft zur privaten Unterbringung von Flüchtlingen erklärt. Die Unterstützung dieses Teils der so gerne ideologiekritisch verschmähten deutschen Zivilgesellschaft ist wichtiger als eine letztlich anachronistische »antideutsche« Traditionspflege auf Demonstrationen oder in Zirkularen.